

Pressedienst



Gemeinsame Pressemitteilung vom 12. Mai 2021 | Doppelsendungen bitten wir zu entschuldigen

++ Ohne Klimastrategie geht es nicht – Verbrenner und Plug-in-Hybride in die Mottenkiste – Kritik an üppiger Dividende für BMW-Aktionäre ++

München/Berlin. Trotz Corona-Pandemie ist die BMW AG verhältnismäßig gut durch das letzte Geschäftsjahr gekommen. Angesichts der Klimakrise jetzt eine Dividende von über einer Milliarde Euro auszuschütten, stößt beim Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und dem Bund Naturschutz in Bayern (BN) auf massive Kritik.

„Nicht erst seit dem Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichtes ist klar: Auch die Automobilindustrie muss sich schleunigst auf das post-fossile Zeitalter einstellen und zügig ihre Produktpalette umstellen. Statt hohe Dividenden auszuschütten, sollte BMW die Gelder in den Konzernumbau und die Qualifizierung der Belegschaft investieren. Es braucht eine klare Klimastrategie jenseits des Verbrennungsmotors. Dass der Konzern als einziger hierzulande weiter den Anschein erweckt, Wasserstoff wäre eine Zukunftsoption für den Pkw spricht Bände“, so **Antje von Broock**, BUND-Geschäftsführerin.

So haben die staatlichen Kaufbeihilfen für Plug-in-Hybride maßgeblich dazu beigetragen, dass BMW durch die unrealistisch niedrigen, offiziellen Verbrauchswerte der Fahrzeuge den CO₂-Flottengrenzwert der EU erreichte. Dabei haben Plug-in-Hybride auf der Straße im Vergleich zu reinen Verbrennerfahrzeugen oft sogar höhere Kraftstoffverbräuche und werden meist ohne jeden Nachweis darüber genutzt, ob sie überhaupt elektrisch geladen und mit Strom gefahren werden.

Richard Mergner, Vorsitzender des BN: „Sich große SUV mit Hilfe unrealistischer Messverfahren schönzurechnen mag rechtlich legal sein, moralisch verwerflich ist es trotzdem und für Umwelt- und Klimaschutz höchst schädlich. Statt weiterhin solche Mogelpackungen auf den Markt zu bringen, muss BMW mit Blick auf die Klimaklage einen klaren Pfad zu weniger, kleineren und rein batterieelektrischen Fahrzeugen bis spätestens 2030 beschreiten. Das E-Fahrzeug der Zukunft muss klein, ressourcen- und energieeffizient sein, in Herstellung, Betrieb und Recycling. Zudem müssen Lieferketten sozialökologisch einwandfrei sein und eine Kreislaufwirtschaft Grundlage allen Handelns sein. Denn eines ist klar: Nicht jedes E-Auto ist ein Ökomobil. Größe und Zahl der Autos wird zwangsläufig zurückgehen müssen, darauf muss der Konzern sich einstellen.“

Kontakt:

Jens Hilgenberg, Leiter Verkehrspolitik BUND, Tel. 030-27586-467, jens.hilgenberg@bund.net

BUND-Pressestelle:

Daniel Jahn | Judith Freund | Heye Jensen

Tel. 030-27586-531 | -497 | -464 | E-Mail: presse@bund.net, www.bund.net

Sie erreichen die Pressestelle zurzeit vorrangig mobil:

Daniel Jahn: 0170-1606658

Judith Freund: 0176-476 841 64

Heye Jensen: 01590-633 23 72

Informationen zur Datenverarbeitung des BUND nach DSGVO finden Sie unter www.bund.net/datenschutz